



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

**118,53 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

**56,94 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZITAT DES TAGES

„Die EU-Klimaziele werden insgesamt weniger stark verfehlt als zuvor - hohe Ausgleichszahlungen drohen aber weiterhin.“

BDEW-Chefin Kerstin Andrae zum neuen Klimaschutzprogramm der Bundesregierung.

POLITIK

Erneuerbaren-Verbände fordern Korrektur der Energiepolitik

WASSERSTOFF

H2Cast Etzel: Kavernen erfolgreich mit Wasserstoff befüllt

BILANZ

Strategiewechsel bei Deutz zahlt sich aus

Inhalt

TOP-THEMA

→ **KLIMASCHUTZ:** Regierungsprogramm stößt auf breite Kritik

POLITIK & RECHT

- **POLITIK:** Erneuerbaren-Verbände fordern Korrektur der Energiepolitik
- **MOBILITÄT:** E-Mobilität verringert CO₂-Anstieg im Verkehr
- **REGENERATIVE:** Österreich: Gesetz zum rascheren Erneuerbaren-Ausbau im Parlament
- **INSIDE EU ENERGIE:** Nicht grün genug

HANDEL & MARKT

- **WASSERSTOFF:** Nächste Wasserstoff-Tankstelle für Pkw schließt für immer
- **IT:** Verfassungsschutz warnt Energiebranche vor neuen Gefahren
- **WÄRME:** Rödl kritisiert Reformvorschläge der Monopolkommission

TECHNIK

- **WASSERSTOFF:** H2Cast Etzel: Kavernen erfolgreich mit Wasserstoff befüllt
- **F&E:** Schnellere Daten für Wasserstoff-Anwendungen in Turbinen
- **GASNETZ:** Grünes Licht für neue Verdichterstation
- **STROMNETZ:** Mehr als 700 E-Autos für Redispatch

UNTERNEHMEN

- **BILANZ:** Strategiewechsel bei Deutz zahlt sich aus
 - **WINDKRAFT ONSHORE:** PNE bestätigt Profitabilität im Kerngeschäft 2025
 - **PERSONALIE:** Marco Westphal für den Übergang Bonns Nummer eins
 - **PERSONALIE:** Chefwechsel bei Stadtwerken Brilon erfolgt fast unbemerkt
 - **PERSONALIE:** Stadtwerke-Chef in Bad Oeynhausen muss gehen
 - **WIRTSCHAFT:** Spie übernimmt SGS Industrial Service
 - **ELEKTROFAHRZEUGE:** Strom nachladen im Westmünsterland wird günstiger
 - **STATISTIK DES TAGES:** Was die Stromerzeugung kostet
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Energienotierungen legen Kehrtwende ein
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Regierungsprogramm stößt auf breite Kritik



Quelle: Shutterstock / Lightspring

KLIMASCHUTZ. Die Bundesregierung hat am 25. März ein Klimaschutzprogramm beschlossen. Branchenverbände begrüßen einzelne Maßnahmen, kritisieren aber Defizite bei Umsetzung und Zielerreichung.

Die Bundesregierung hat am 25. März ein neues Klimaschutzprogramm verabschiedet. Laut dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) enthält das Programm kurzfristig umsetzbare Maßnahmen in allen Sektoren. Positiv bewertet BDEW-Chefin Kerstin Andreae insbesondere zusätzliche Ausschreibungen von 12.000 MW Windenergie an Land. Der Energiesektor könne aber nicht dauerhaft Defizite anderer Bereiche ausgleichen.

„Die EU-Klimaziele werden insgesamt weniger stark verfehlt als zuvor – hohe Ausgleichszahlungen drohen aber weiterhin“, resümierte Andreae. Kritisch sieht der Verband die unzureichenden Fortschritte in den Sektoren Verkehr und Gebäude. Zudem fehle es im Gebäudesektor an Klarheit, da zentrale Regelungen wie das Gebäudemodernisierungsgesetz noch nicht konkretisiert seien. Auch die geplante Verstetigung der Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW) bleibe hinter dem Bedarf zurück. Der BDEW verlangt bereits ab 2026 zusätzliche Mittel in Höhe von zwei Milliarden Euro jährlich.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) fordert vor allem eine schnellere Umsetzung zentraler Maßnahmen. Laut VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing sind wesentliche Zusagen aus dem Koalitionsvertrag bislang nicht eingelöst worden. Kritisch bewertet der Verband zudem die zeitliche Streckung der BEW-Aufstockung bis 2030. Diese komme zu spät, um Investitionen kurzfristig auszulösen. Auch fehle es an einer besseren Verzahnung von Netzausbau, Speichern und flexibler Erzeugung.

Einzelne Sektoren bewertet

Der Thinktank Agora Verkehrswende kritisiert vor allem den Verkehrssektor. Laut der stellvertretenden Direktorin Wiebke Zimmer sind die vorgesehenen Maßnahmen unzureichend und ihre Wirkung unsicher. Statt einer klaren Strategie setze die Bundesregierung weiterhin auf Einzelmaßnahmen. Besonders kritisch bewertet der Thinktank die geplante stärkere Nutzung von E-Fuels, die als kostenintensiv und begrenzt verfügbar gelten.

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl begrüßt die geplanten Leitmärkte für klimafreundlichen Stahl.

Hauptgeschäftsführerin Kerstin Maria Rippel kritisiert jedoch, dass Impulse im Schienenbereich fehlen, obwohl diese im Koalitionsvertrag angekündigt wurden. Zudem warnt der Verband, dass ohne klare „Made in EU“-Kriterien die Dekarbonisierung zu Lasten der europäischen Industrie gehen könnte.

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) bemängelt unter anderem die Verwendung veralteter Emissionsdaten als Grundlage des Programms. Laut stellvertretendem Hauptgeschäftsführer Hartmut Rauen greift das Programm zudem in den Sektoren Gebäude und Verkehr zu kurz. Auch der europäische CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) werde nicht ausreichend berücksichtigt und führe zu zusätzlicher Bürokratie.

Wärmewende muss schnell kommen

Der Bundesverband Geothermie (BVG) begrüßt zwar die grundsätzliche Stoßrichtung des Programms, sieht aber weiteren Handlungsbedarf. Geschäftsführer Gregor Dilger warnt vor Verzögerungen bei der Wärmewende durch die geplante Novelle des Gebäudeenergiegesetzes. Zudem müssten regulatorische Rahmenbedingungen für die Fernwärme zeitnah angepasst werden.

Auch die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff) sieht Defizite. Vorstand Christian Noll erklärt, dass das Programm im Gebäudesektor kaum neue Impulse setze. Zudem kritisiert er Verzögerungen bei der Umsetzung von Sanierungspflichten für öffentliche Gebäude, die erst ab 2027 greifen sollen.

Der Energieeffizienzverband AGFW aus Frankfurt am Main, der Unternehmen der Wärmewirtschaft vertritt, sieht im Programm zwar einen Schritt in die richtige Richtung. Geschäftsführer Werner Lutsch hält die geplante Erhöhung der BEW-Mittel jedoch für unzureichend. Aus Sicht des Verbands wären jährlich mindestens drei Milliarden Euro notwendig, um die Transformation der Wärmenetze zu finanzieren.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) bemängelt insbesondere finanzpolitische Fehlanreize. Laut Geschäftsführerin Carolin Schenuit halte die Bundesregierung an klimaschädlichen Subventionen fest und unterschätze die tatsächliche Emissionslücke. Aktuelle Daten des Umweltbundesamts würden nicht ausreichend berücksichtigt. „Der Europäischen Emissionshandel kann als Innovations- und Modernisierungstreiber fungieren, wenn der Emissionsdeckel eingehalten wird und die Gratiszertifikate auslaufen“, sagte Schenuit.

Insgesamt zeigt sich, dass das Klimaschutzprogramm von einer breiten Unterstützung für einzelne Maßnahmen begleitet wird. Gleichzeitig sehen die Verbände erhebliche Lücken bei Finanzierung, regulatorischer Ausgestaltung und sektorübergreifender Strategie.

Die **FÖS-Maßnahmenvorschläge zum Klimaschutz** stehen als PDF zum Download bereit.

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



CHANCEN IM GAS

BILANZKREISMANAGEMENT,

AUSGLEICHSENERGIE

WAR GESTERN.

sopTim

WEITERE
INFOS ➤



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / nitpicker

Erneuerbaren-Verbände fordern Korrektur der Energiepolitik

POLITIK. Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) kritisiert Gesetzespläne des Bundeswirtschaftsministeriums als Risiko für Investitionen, Ausbau und Versorgungssicherheit für Energie.

Vertreterinnen und Vertreter der Branche der erneuerbaren Energien haben am 26. März in Berlin vor möglichen negativen Folgen aktueller Gesetzesvorhaben des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) gewarnt. Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) stellte gemeinsam mit weiteren Verbänden eigene Vorschläge für eine zukunftsfähige Energiepolitik vor. Ziel ist es laut Verband, ein kostengünstiges, resilientes und nachhaltiges Energiesystem zu sichern.

Nach Einschätzung des BEE könnten die derzeit diskutierten Regelungen Investitionen in die Energiewende bremsen und den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien erschweren. Dies betreffe auch den Ausbau von Speichern und Netzen. Der Verband verweist darauf, dass mehrere Technologien unterschiedlich betroffen seien, insgesamt jedoch eine dämpfende Wirkung auf die Branche entstehe. Als Beispiele nennt der BEE unter anderem Vorgaben zum Redispatch aus dem Netzpaket, Änderungen bei Förderinstrumenten sowie neue Anforderungen für die Direktvermarktung kleiner Anlagen.

Erneuerbare sichern Resilienz

BEE-Präsidentin Ursula Heinen-Esser erklärte, geopolitische Entwicklungen hätten die Risiken fossiler Energieabhängigkeiten erneut verdeutlicht. Eine stärkere heimische und dezentrale Energieerzeugung könne diese Abhängigkeiten reduzieren, sagte Heinen-Esser. Am politischen Appell beteiligten sich auch der Bundesverband Wärmepumpe (BWP), der Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke (BDW), der Fachverband Biogas sowie Windkraft- (BWE) und Solarverband (BSW).

Die Branche schlägt ein Maßnahmenpaket vor, das unter anderem eine Beschleunigung des Netzausbaus, eine Senkung der Redispatch-Kosten sowie verlässlichere Rahmenbedingungen für Investitionen vorsieht. Auch für den Wärmesektor fordert der Verband eine pragmatische Umsetzung der Energiewende. Eine zentrale Rolle misst der BEE der Flexibilisierung des Energiesystems bei, etwa durch den verstärkten Einsatz von Speichern, steuerbaren erneuerbaren Energien und Elektrolyseuren.

Netze flexibler nutzen

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der effizienteren Nutzung bestehender Infrastruktur. Die Strategie „Nutzen statt Abregeln“ müsse laut Verband vereinfacht und breiter anwendbar werden, um unnötige Abschaltungen von Anlagen zu vermeiden und die Systemkosten zu senken. Ziel sei es, möglichst jede erzeugte Kilowattstunde aus erneuerbaren Energien zu nutzen.

Unterstützung für diese Position kommt auch von anderen Branchenverbänden. Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW), sieht laut einer Stellungnahme Widersprüche zwischen den Zielen des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung und einzelnen Gesetzesvorhaben. Insbesondere die geplante Abschaffung von Förderungen für neue Photovoltaik-Dachanlagen sowie Einschränkungen bei Entschädigungen für Anlagenbetreiber bei Netzengpässen bewertet der Verband kritisch.



v.li.: Hans-Peter Lang (BDW), Horst Seide (Fachverband Biogas), Carsten Körnig (BSW), Ursula Heinen-Esser (Präsidentin BEE), Bärbel Heidebroek (BWE), Martin Sabel (BWP)

Quelle: Susanne Harmsen

Insgesamt fordern die Verbände konsistente politische Rahmenbedingungen, die den Ausbau erneuerbarer Energien, die Modernisierung der Netze und die Integration neuer Technologien unterstützen. Nur so lasse sich nach ihrer Einschätzung das energiepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz erreichen. „Es kann nicht ein Gesetz Hüh sagen und das andere Hott“, kritisierte Heinen-Esser die Bundesregierung.

Kein Platz im Netz für Windkraft?

Die Bundesregierung hat im Rahmen ihres Klimaschutzprogramms eine Sonderausschreibung für Windenergie an Land angekündigt. Bis 2030 sollen zusätzliche 12.000 MW installiert werden, um den Ausbau zu beschleunigen und Engpässe im bisherigen Ausschreibungssystem zu entschärfen. Hintergrund ist, dass Ausschreibungen in den vergangenen Jahren häufig überzeichnet waren und Projekte – speziell in Süddeutschland – nicht zum Zuge kamen.

Der Bundesverband Windenergie (BWE) und die Initiative Klimaneutrales Deutschland (IKND) begrüßen die zusätzlichen Ausschreibungen grundsätzlich. IKND-Geschäftsführerin Carolin Friedemann weist jedoch darauf hin, dass deren Wirkung stark von der Nutzung bestehender Netzkapazitäten abhängen. Bereits heute gebe es ungenutzte Spielräume im Stromnetz, die durch effizientere Betriebsführung erschlossen werden könnten, so Friedemann. Ihre Organisation hat hierzu ein Factsheet vorgelegt, das Maßnahmen zur besseren Auslastung der Netze zusammenfasst.

Das **BEE-Maßnahmenpaket für die Energiewende** steht als PDF zum Download bereit.

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

E-Mobilität verringert CO2-Anstieg im Verkehr



Quelle: Shutterstock / ModernNomads

MOBILITÄT. Eine Analyse von Agora Verkehrswende und GIZ zeigt, dass der Autoverkehr in den G20 Ländern weiter wächst. Allerdings verringert Elektromobilität den Anstieg der CO2-Emissionen.

Die CO2-Emissionen aus dem Verkehr sind in den Staaten der Gruppe der 20 (G20) seit 2015 um vier Prozent gestiegen. Laut einer Analyse der Berliner Denkfabrik Agora Verkehrswende und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) fällt dieser Anstieg deutlich geringer aus als in den Jahrzehnten zuvor. Parallel dazu wuchs die Wirtschaftsleistung der G20-Staaten weiter. Die Entwicklung deutet nach Einschätzung von Agora Verkehrswende darauf hin, dass sich wirtschaftliches Wachstum und Emissionen im Verkehrssektor teilweise entkoppeln.

Als wesentlichen Treiber nennt die Organisation die zunehmende Elektrifizierung des Verkehrs. Seit 2015 entfielen 96 Prozent des weltweiten Wachstums der Elektromobilität auf die G20-Staaten. Die Zahl der Elektroautos stieg im selben Zeitraum global von rund 730.000 auf etwa 39 Millionen Fahrzeuge. Nahezu alle G20-Länder haben laut Analyse Ausbauziele für Elektromobilität formuliert und entsprechende Fördermaßnahmen eingeführt. Dazu zählen unter anderem Kaufprämien, steuerliche Vorteile sowie reduzierte Einfuhrzölle.

Mehr erneuerbarer Strom im Verkehr

Zeitgleich haben die Staaten den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung erhöht. Das verstärkt nach Einschätzung der Autoren den klimapolitischen Effekt der Elektromobilität, da emissionsärmer erzeugter Strom den Betrieb von Elektrofahrzeugen sauberer macht. Einige Länder priorisieren zudem Elektrofahrzeuge bei der Beschaffung öffentlicher Fuhrparks oder unterstützen gezielt den Aufbau lokaler Produktionskapazitäten.

Christian Hochfeld, Direktor von Agora Verkehrswende, verweist auf die geopolitische Dimension der Entwicklung. Die Abkehr von fossilen Energieträgern könne die Abhängigkeit von Energieimporten reduzieren und damit Risiken für Kosten und Versorgungssicherheit verringern. „Der Markthochlauf der Elektromobilität muss weiter beschleunigt werden“, appellierte er an Politik und Wirtschaft. Unsicherheiten bei politischen Rahmenbedingungen könnten die Investitionsbereitschaft von Unternehmen beeinträchtigen.



Entwicklung deutscher Emissionen im Verkehrssektor.

(Für Vollbild auf die Grafik klicken)

Quelle: Agora Verkehrswende

Autoboom ungebrochen

Trotz der Fortschritte bei der Elektrifizierung wächst der motorisierte Individualverkehr in vielen G20-Staaten weiter. In den meisten Ländern werden mehr als 80 Prozent der Personenfahrten mit dem Auto

zurückgelegt. Nur in Japan und China spielt der Schienenverkehr aufgrund umfangreicher Hochgeschwindigkeitsnetze eine größere Rolle. Insgesamt steigt in den meisten G20-Staaten die Zahl der Pkw im Verhältnis zur Bevölkerung weiter an.

Der Ausbau alternativer Verkehrsträger kann mit dieser Entwicklung bisher nicht Schritt halten. Laut der Analyse betrifft das vor allem Busse, Bahnen und Wasserstraßen. Die Autoren sehen daher zusätzlichen politischen Handlungsbedarf. Neben der Förderung von Elektrofahrzeugen sei auch der Ausbau effizienterer Verkehrssysteme notwendig, um Emissionen im Verkehrssektor weiter zu senken.

Die G20 umfasst große Industrie- und Schwellenländer sowie die Europäische Union und steht laut Analyse für rund 79 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung, etwa zwei Drittel der weltweiten CO₂-Emissionen und 61 Prozent der Weltbevölkerung. Seit 2023 gehört auch die Afrikanische Union dazu, deren Verkehrs- und Emissionsdaten laut Agora Verkehrswende zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werden sollen.

Die **G20-Analyse „Towards Decarbonising Transport 2026“** steht in englischer Sprache im Internet bereit.

// VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Österreich: Gesetz zum rascheren Erneuerbaren-Ausbau im Parlament



Quelle: Fotolia / K-U Haessler

REGENERATIVE. Das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz soll die Abhängigkeit von Energieimporten senken und für niedrigere Strompreise sorgen. Die Opposition hält wenig vom Plan der Regierung.

Am 26. März brachte Österreichs Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer (Österreichische Volkspartei/ÖVP, konservativ) die Regierungsvorlage des Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetzes (EABG) im Bundesparlament ein. Die Koalition, der außer der ÖVP die Sozialdemokraten (SPÖ) und die Liberalen (Neos) angehören, will nun unverzüglich mit den Oppositionsparteien, den rechtsgerichteten Freiheitlichen (FPÖ) und den Grünen, Verhandlungen über die Vorlage aufnehmen. Zumindest eine Oppositionspartei muss ihr zustimmen, um die notwendige Zweidrittelmehrheit zu sichern. Mit dem EABG setzt Österreich die „Erneuerbaren-Richtlinie“ der EU (RED III) um.

Bei einer eilig einberufenen Pressekonferenz konstatierte Hattmannsdorfer, das EABG Sorge dafür, den Ausbau der Stromerzeugung mittels erneuerbarer Energien verstärkt voranzutreiben. Dies diene auch dazu, Österreich vom Import fossiler Energieträger unabhängiger zu machen und Sorge infolge einer Erhöhung des Angebots an elektrischer Energie tendenziell für günstigere Strompreise.

Als wesentliche Bestimmungen des Gesetzes nannte Hattmannsdorfer unter anderem die Einführung eines konzentrierten Genehmigungsverfahrens für Projekte, die mangels entsprechender Größe keiner Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bedürfen, das Festschreiben des „überragenden öffentlichen Interesses“ an Infrastrukturprojekten für die Energiewende sowie die Vorgabe verbindlicher Ausbauziele für die neun österreichischen Bundesländer. Hattmannsdorfer betonte, er erwarte sich ein konstruktives Vorgehen der Opposition: Es könne wohl niemand „gegen mehr Unabhängigkeit und niedrigere Preise“ sein.

Strafen mit Fragezeichen

Die Regierungskoordinatorin der SPÖ, Staatssekretärin Michaela Schmidt, konstatierte, das Verfehlen der

Ausbauziele der Bundesländer sei mit Sanktionen bedroht: „Das kann bis zum Entzug von Bundesmitteln für die Förderung des Ausbaus der Erneuerbaren gehen.“ Ferner würden die Länder in die Pflicht genommen, wenn Österreich seine Ziele gemäß der RED III verfehlt. Jene Bundesländer, die ihren Pflichten nicht nachkämen, müssten die Strafe bezahlen, die die EU in diesem Fall über Österreich verhängen würde.

In der Regierungsvorlage des EABG sind die von Schmidt genannten Strafbestimmungen indessen nur andeutungsweise enthalten. Im diesbezüglichen Paragraphen 53 heißt es: „Wenn die gemeinsame Zielsetzung bzw. die Zielwerte einzelner Bundesländer nicht erreicht werden, hat die Bundesregierung Maßnahmen zu setzen, die eine verpflichtende Erfüllung der Erzeugungsbeitragswerte sicherstellen.“ Ferner wird auf einen Artikel im Bundes-Verfassungsgesetz verwiesen, der die Bundesländer verpflichtet, „zur Durchführung von Rechtsakten im Rahmen der EU“ beizutragen. Tun sie dies nicht, kann der Bund Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Rechtsakte ergreifen.

Die für Energiepolitik zuständige Staatssekretärin Elisabeth Zehetner (ÖVP) versicherte auf Anfrage der Redaktion, die Regierung habe sich hinsichtlich der Steigerung der Stromerzeugung mittels erneuerbarer Energien mit den Bundesländern verständigt: „Ich gehe daher davon aus, dass die Strafbestimmungen nicht zum Tragen kommen werden.“

Laut der Regierungsvorlage soll die Stromproduktion mittels der Erneuerbaren bis einschließlich 2030 bundesweit um 27 Milliarden kWh oder rund 50 Prozent gesteigert werden. Für alle Bundesländer bestehen Vorgaben hinsichtlich der Photovoltaik und der Windkraft. Sinnvollerweise kein Ziel für den Ausbau der Wasserkraft hat das Burgenland, das mit Ausnahme des Neusiedler Sees keine nennenswerten Gewässer aufweist.

Ablehnung von der Opposition

In einer ersten Reaktion gaben sich die Freiheitlichen der Regierungsvorlage gegenüber ablehnend. Der stellvertretende Landeshauptmann (Ministerpräsident) Oberösterreichs, Manfred Haimbuchner, kritisierte, es handle sich um „eine beträchtliche Einschränkung von Länderkompetenzen in Gesetzgebung und Vollziehung“, die zurückzuweisen sei. Ferner tadelte Haimbuchner die Strafandrohungen für Bundesländer, in denen keine Windkraftanlagen errichtet werden. Oberösterreich legte im vergangenen Jahr als einziges Bundesland sogenannte „Ausschlusszonen“ für den Ausbau der Windkraft fest. In der RED III sind derartige Zonen nicht vorgesehen.

Den Grünen wiederum geht die Vorlage nicht weit genug. Ihr Energiesprecher Lukas Hammer bemängelte, die Ausbauziele für die Erneuerbaren seien gegenüber dem Erstentwurf des EABG von Anfang September 2025 nicht verändert worden und nach wie vor unzureichend. Nicht zuletzt deshalb gebe es „ordentlichen Nachbesserungsbedarf, damit das Gesetz statt zum Turbo für die Energiewende nicht zum Bremsklotz wird“. // VON KLAUS FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Nicht grün genug



Quelle: Pixabay / NakNakNak / E&M

INSIDE EU ENERGIE. Unser Brüsseler Korrespondent Tom Weingärtner kommentiert in seiner Kolumne „Inside EU Energie“ energiepolitische Themen aus dem EU-Parlament, der EU-Kommission und den Verbänden.

Der Aufbau einer emissionsarmen europäischen Wirtschaft kommt nach einem Bericht der Denkfabrik ECNO (European Climate Neutrality Observatory) voran, aber nicht schnell genug, um die Klimaziele zu erreichen. Eine Beschleunigung sei auch aus Gründen der äußeren Sicherheit notwendig und um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Der Bericht untersucht 13 Wirtschaftssektoren anhand von zahlreichen Indikatoren daraufhin, ob und wie erfolgreich sie auf dem Weg zur Klimaneutralität vorankommen. Planmäßig entwickelten sich derzeit nur die Anbieter von sauberen Technologien. Strategische Sektoren wie die Elektrizitätswirtschaft, die Industrie oder der Verkehr seien zwar in die richtige Richtung unterwegs aber viel zu langsam. Auch die durch den privaten Verbrauch: „Lifestyle“ verursachten Emissionen gingen „viel zu langsam“ zurück, heißt es in dem Bericht.

Bei der Finanzierung der Transition marschiere die EU sogar „in die falsche Richtung“. Das gelte vor allem für die öffentlichen Beihilfen, die seit 2022 wieder verstärkt für fossile Energie bereitgestellt würden. Die Förderung der Erneuerbaren werde dagegen zurückgefahren. Über die private Finanzierung grüner Investitionen durch Banken und andere Akteure des Finanzmarktes gebe es keine zuverlässigen Informationen.

Geringe Investitionen das größte Hindernis

Zu geringe Investitionen seien in den letzten Jahren das größte Hindernis für die grüne Transition gewesen. Für 2023 beziffert ECNO die „Finanzierungslücke“ auf 344 Milliarden Euro. Insbesondere im Gebäudesektor werde zu wenig in die Verbesserung der Energieeffizienz und in Wärmepumpen investiert. Der Absatz von Elektrofahrzeugen habe zwar zugenommen, bleibe aber hinter den Erwartungen zurück. Auch der Ausbau der Windkraft sei unzureichend. Die Elektrizitätswirtschaft insgesamt zeigt nach dem ECNO-Bericht ein gemischtes Bild. Der Ausbau der Wind- und Sonnenenergie (Kapazitäten) erfolge zwar planmäßig aber die Erzeugung aus diesen Energiequellen wachse nicht genug.

Eine direkte Folge davon sei, dass die Elektrifizierung zu langsam vorankomme, was wiederum das Wachstum der sauberen Industrie behindere, die auf grünen Strom angewiesen sei. Als Ursache hat ECNO unter anderem den erwähnten Trend bei den Subventionen ausgemacht. Hinzu komme, dass auch saubere Investitionen unter langen und komplizierten Planungs- und Genehmigungsverfahren, unter der schütterten Infrastruktur und dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften litten.

Um die Investitionslücke zu schließen seien Verbesserungen in fünf Bereichen notwendig:

- Wirksamere Anreize für den Einsatz sauberer Technologien, öffentliche Ausgaben, Steuern und die Preisbildung müssten die Transformation stärker unterstützen.
- Engpässe in den Energienetzen müssten beseitigt und der Netzausbau stärker an den Klimazielen orientiert werden. Mehr Anreize seien nötig, um Arbeitskräfte für die grüne Wirtschaft zu qualifizieren.
- Mehr Nachfrage nach grünen Produkten, dazu könnten anspruchsvolle Standards und öffentliche Aufträge beitragen.
- Schnellere Umsetzung der europäischen Vorschriften in den Mitgliedsstaaten, die Beendigung der Subventionen für fossile Energie.
- Wichtig sei die Schaffung einer besseren Datengrundlage zur politischen Steuerung der Transition.

Die genannten Probleme würden grundsätzlich durch die von der EU-Kommission vorgelegten Maßnahmen zur Dekarbonisierung und zur Verbesserung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit angesprochen, sagt Corinna Fürst vom Ökoinstitut, eine der Autorinnen des Berichtes. Der sogenannte Clean Industrial Deal (CID) werde dazu beitragen, Märkte für grüne Produkte zu schaffen oder den Ausbau der Netze zu beschleunigen. Ob das reiche, um die Transition vollumfänglich und fristgerecht umzusetzen, hänge allerdings von einer konsequenten Umsetzung in den Mitgliedsstaaten ab.

Die Autoren des Berichtes haben daran offenbar Zweifel. Das bereits beschlossene „Marktdesign“ oder die Erneuerbaren-Richtlinie (REDIII) setzten zwar neue Ziele und beseitigten Hürden für Windräder und PV-Anlagen. Aber die Regulierung bleibe lückenhaft und das Geld müssten die Mitgliedsstaaten bereitstellen. Optimistischer sind sie mit Blick auf den Emissionshandel. In den nächsten Jahren sei mit einem Anstieg des Kohlenstoffpreises zu rechnen, der den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas beschleunigen werde.

Das „Netzpaket“, das die Kommission Anfang des Jahres vorgestellt hat, ist bei den Mitgliedsstaaten, die es noch beschließen müssen, nicht nur auf Zustimmung gestoßen. Es wird am Ende wahrscheinlich weniger für die Transition bringen als die Kommission anvisiert hat. Die beschlossenen Maßnahmen für die Elektrizitätswirtschaft seien zwar richtig, heißt es in dem Bericht, würden die grüne Entwicklung der Branche aber nicht genug beschleunigen. // VON TOM WEINGÄRTNER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Nächste Wasserstoff-Tankstelle für Pkw schließt für immer

WASSERSTOFF. Auch die Westfalen AG sieht für Wasserstoff im Individualverkehr keinen Zukunftsmarkt mehr. Daher muss die H₂-Zapfanlage an einer Tankstelle in Münster dran glauben.

Wer beim eigenen Pkw auf Wasserstoff-Antrieb setzt und im Münsterland wohnt, muss eine bittere Nachricht hinnehmen. Die international tätige Westfalen AG, die ihren Hauptsitz in Münster hat, schließt die einzige H₂-Tankstelle der Region. Grund sei die zu niedrige Nachfrage.

Laut Mitteilung des Mineralölhändlers und Industriegas-Lieferanten steht das Gas letztmals am 30. April an der Zapfsäule im Stadtteil Amelsbüren zur Verfügung. Die Tankstelle selbst bleibe erhalten und damit alle dort verfügbaren Kraftstoffe sowie die Lade-Station für Elektrofahrzeuge.

Die Wasserstoff-Ära für den Individualverkehr endet in Amelsbüren allerdings nach nur zehn Jahren. Wer H₂ für den Wagen benötigt, muss nun Wege nach Herten in Kauf nehmen. Das sind von Münster aus gut 60 Straßen-Kilometer.

Westfalen-Chef Thomas Perkmann will die erforderlichen Ausgaben für den wirtschaftlichen Weiterbetrieb nicht mehr tätigen. „Wir investieren dort, wo unsere Mittel die größte Wirkung entfalten“, sagt er laut Mitteilung – und das sei im privaten Verkehr eben die Elektromobilität.

Der Hochlauf des Wasserstoffs stehe auch in anderen Sektoren vor großen Herausforderungen, etwa bei Industrieprojekten. Perkmann beklagt weiterhin zu hohe Produktionskosten für das (grüne) Gas, außerdem regulatorische Hindernisse. Die Westfalen AG treibt daher eigene Vorhaben zum Beispiel in Frankreich voran, wo die Herstellung von H₂ mit Atomstrom kein Makel ist (wir berichteten).

Die Wasserstoff-Tankstellen für die private Mobilität haben auch anderswo einen schweren Stand. Der Betreiber des größten H₂-Tankstellennetzes in Deutschland, H₂ Mobility, hatte im vergangenen Jahr etwa 20 Zapfstellen für Pkw geschlossen (wir berichteten). Bei weniger als 70 dieser Anlagen (Stand: Frühjahr 2025) aller Anbieter in der gesamten Republik ein bedeutender Rückgang. Grund auch hier: die ausbleibende Nachfrage. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

Verfassungsschutz warnt Energiebranche vor neuen Gefahren



Quelle: Shutterstock / solarseven

IT. Der Verfassungsschutz hat Führungskräfte deutscher Energieunternehmen zu präventiven Maßnahmen gegen Anschläge, ausländische Einflussnahme und Hackerangriffe aufgerufen.

In einem aktuellen Sicherheitshinweis, der jetzt an Wirtschaftsverbände und Behördenvertreter versendet wurde, geht das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) konkret auf drei Gefährdungsszenarien ein:

- Linksextremistisch motivierte Anschläge auf die Energieinfrastruktur wie im Januar in Berlin
- Cyberangriffe ausländischer Nachrichtendienste und sogenannter Hacktivist*innen mit dem Ziel, die Versorgung zu stören und so das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Daseinsfürsorge und des Staates insgesamt zu schädigen
- Einseitige wirtschaftliche und technologische Abhängigkeiten von anderen Staaten, die eines Tages genutzt werden könnten, um in politischen Konfliktsituationen Druck auszuüben.

Zur derzeitigen Lage heißt es vom BfV: „Gewaltorientierte linksextremistische Akteure werden auch weiterhin Energieinfrastrukturen ins Visier nehmen.“ Unternehmen stünden als tragende Säulen des als ausbeuterisch empfundenen „repressiven kapitalistischen Systems“ besonders im Fokus. Die Kampagne „Switch Off“ habe eine Liste verschiedener Energieversorger und Industrieunternehmen veröffentlicht, die in besonderem Maße für die Klimaerwärmung verantwortlich seien. Diese würden dadurch klar ersichtlich zu Zielen von Straftaten erklärt.

Erfahrungen aus Polen

Um mögliche Risiken durch vor allem von staatlichen russischen Akteuren initiierte Cyberangriffe zu verdeutlichen, verweist der Verfassungsschutz auf Angriffe mit Schadsoftware in Polen. Die unter anderem unter dem Namen „Berserk Bear“ bekannte Gruppierung zielt vorwiegend auf Unternehmen aus den Bereichen Energie, Wasser, IT und Telekommunikation. Generell gelte: „Russland besitzt die Fähigkeiten und den Willen, entsprechende Aktivitäten gegen EU-Mitgliedsstaaten und Nato-Bündnispartner zu richten.“ Im vergangenen Jahr seien vereinzelt niedrigschwellige Angriffsversuche von dort festgestellt worden, darunter Aufklärungsaktivitäten von „Berserk Bear“. Aktuell lägen aber keine Erkenntnisse zu konkreten Kampagnen vor, die zu spürbaren Auswirkungen führen könnten.

Das Bundesamt erklärt, der Einstieg eines ausländischen Investors bei einem einzelnen Unternehmen, das für das Funktionieren des Gemeinwesens relevant ist, möge zwar auf den ersten Blick unproblematisch erscheinen. Mittel- und langfristig könnte eine Häufung solcher Investitionen jedoch die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden sowie die strategischen Handlungsoptionen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik schmälern.

Handlungsempfehlungen für Unternehmen

Die Sicherheitsverantwortlichen der Unternehmen sollten daher ein ganzheitliches Risikomanagement etablieren, rät das Bundesamt. Besonders gefährdete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten regelmäßig mit Blick auf aktuelle Gefahren durch ausländische Nachrichtendienste sensibilisiert und geschult werden.

// VON DPA

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Rödl kritisiert Reformvorschläge der Monopolkommission



Quelle: Shutterstock

WÄRME. Ein Positionspapier von Rödl bewertet Reformvorschläge zur Fernwärme der Monopolkommission kritisch und sieht Risiken für Investitionen, Netzbetrieb und kommunale Wärmewende.

Die Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl hat ein Positionspapier zur Regulierung des deutschen Fernwärmemarkts vorgelegt. Anlass ist das 10. Sektorgutachten der Monopolkommission, das verschiedene Eingriffe und Marktöffnungsmechanismen empfiehlt. Rödl bewertet diese Vorschläge aus rechtlicher, wirtschaftlicher und technischer Perspektive und kommt zu dem Ergebnis, dass zentrale Besonderheiten der Fernwärme nur unzureichend berücksichtigt würden.

Fernwärme spiele eine wichtige Rolle in kommunalen Strategien zur Wärmewende. Laut Analyse unterscheide sich der Sektor jedoch grundlegend von Strom- und Gasnetzen: Fernwärmesysteme seien lokal begrenzt, hydraulisch geschlossen und stark kapitalintensiv. Eingriffe in diese Strukturen müssten daher besonders sorgfältig geprüft werden, da sie unmittelbare Auswirkungen auf Investitionen und Betrieb hätten.

Kritisch äußert sich das Papier zu einer pauschalen Preisobergrenze. Ein einheitlicher Price-Cap könne die Refinanzierung von Netzen und Erzeugungsanlagen gefährden, insbesondere vor dem Hintergrund laufender Dekarbonisierungsinvestitionen. Für kleinere Netze könnten sogar wirtschaftliche Risiken entstehen. Aufgrund der heterogenen Versorgungsstrukturen sei eine von den tatsächlichen Kosten entkoppelte Preisgrenze als Steuerungsinstrument ungeeignet.

Preistransparenz kann Vertrauen der Kunden stärken

Positiv bewertet Rödl hingegen Ansätze zur Verbesserung der Preistransparenz. Diese könnten das Vertrauen der Kunden stärken, sofern sie die lokalen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Reine Preisvergleiche ohne Einordnung etwa von Netzalter, Wärmedichte oder Erzeugungsstruktur könnten jedoch zu Fehlinterpretationen führen. Als geeigneter werden differenzierte Benchmarking-Ansätze genannt.

Auch eine Übertragung von Wettbewerbsmodellen aus dem Energiewirtschaftsgesetz auf die Fernwärme wird skeptisch gesehen. Erzeugung, Netzbetrieb und kommunale Planung seien eng miteinander verzahnt. Eine Entflechtung könne zusätzliche Schnittstellen, höheren administrativen Aufwand und steigende Kosten verursachen, ohne nachweisbare Effizienzgewinne zu bringen.

Ähnlich bewertet das Papier verpflichtende Drittzugangsregelungen. Zusätzliche Einspeiserechte könnten den Netzbetrieb verkomplizieren und Investitionen in Steuerungstechnik sowie Redundanzen erforderlich machen. Effizienzgewinne seien nicht erkennbar, während bestehende marktbasierte Lösungen bereits heute bilateral umgesetzt würden.

Auch die vorgeschlagene Ausschreibung von Wegenutzungsrechten wird kritisch gesehen. Hier verweist Rödl auf rechtliche Zielkonflikte und darauf, dass Kommunen ein eigenes Interesse an stabilen Wärmepreisen hätten, das bei entsprechenden Vergabeverfahren berücksichtigt werden müsse.

Statt weitreichender Marktöffnungsmodelle plädiert das Papier für eine Weiterentwicklung der bestehenden Regulierung. Genannt werden unter anderem eine Novellierung der AVBFernwärmeV, klarere Regeln für die Preiskalkulation sowie Anpassungen im Mietrecht. Zudem sollten Förderinstrumente stärker mit kommunaler Wärmeplanung und Dekarbonisierungsstrategien verzahnt werden, um Fehlanreize zu vermeiden.

Christian Marthol, Partner bei Rödl, wird in einer Mitteilung zum Positionspapier mit den Worten zitiert: „Die Transformation der Wärmenetze sollte nicht durch zusätzliche Unsicherheiten belastet werden. Entscheidend ist, die bestehende Regulierung gezielt zu schärfen und so die Investitionsfähigkeit der kommunalen Versorger nachhaltig zu stärken.“

Das „[Positionspapier zur Wettbewerbssituation in der Fernwärme](#)“ steht im Internet zum Download zur Verfügung. // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



H2-Befüllung der H2CAST-Projektkaverne auf dem Kavernenverteilerplatz in Etzel. Quelle: Storag Etzel / Gasunie

H2Cast Etzel: Kavernen erfolgreich mit Wasserstoff befüllt

WASSERSTOFF. 90 Tonnen Wasserstoff sind erfolgreich in die beiden Testkavernen des Pilotprojektes „H2CAST Etzel“ eingespeist worden. Der nächste Meilenstein soll noch in diesem Jahr erreicht werden.

200 Wasserstofftrailer: So viele wurden benötigt, um die beiden Kavernen des Pilotprojektes „H2CAST Etzel“ mit rund 90 Tonnen Wasserstoff zu befüllen. Das entspricht etwa 1 Million Normkubikmetern. Mitte März konnte die Einspeisung erfolgreich abgeschlossen werden, meldet Storag Etzel jetzt.

„Damit ist nach erfolgter Umrüstung der Kavernen und fortlaufendem Monitoring der Dichtheit und Integrität ein weiteres wichtiges Etappenziel unter den am Standort Etzel gewohnt hohen Sicherheitsstandards erreicht worden“, lässt sich Carsten Reekers, Projektleiter H2Cast Etzel bei Storag Etzel, zitieren.

Parallel wird die obertägige Infrastruktur weiter aufgebaut. Dazu zählen Anlagen zur Gasreinigung, Verdichtung und Gasqualitätsüberwachung. In der Pilotanlage sollen verschiedene Verfahren zur Wasserstoffreinigung und deren Effizienz untersucht werden. Die Inbetriebnahme für erste Tests ist für 2026 vorgesehen.

Das Konsortium verfolgt das Ziel, die technische Machbarkeit der unterirdischen Wasserstoffspeicherung in Salzkavernen nachzuweisen (wir berichteten). Seit Projektstart Anfang 2022 wurden laut Projektleitung bereits Erkenntnisse zur Übertragbarkeit bestehender Erdgasspeicher gesammelt. „Die Erkenntnisse, die wir aus dem H2CAST-Pilotprojekt gewinnen, werden zur zukünftigen unterirdischen Wasserstoffspeicherung beitragen“, so Reekers.

Herausforderungen ergaben sich insbesondere bei der Wasserstoffbeschaffung. Zu Beginn der Befüllung im Jahr 2023 waren Hochdrucktrailer mit mehr als 200 bar sowie Abfüllstationen nur eingeschränkt verfügbar. Zudem fehlte eine lokale Produktion, sodass Lieferungen teilweise über Entfernungen von bis zu 1.000 Kilometern erfolgten. Dies erhöhte die Kosten erheblich.

Im weiteren Projektverlauf konnte die Versorgung durch einen näher gelegenen Produzenten sichergestellt werden, wodurch sich Logistik- und Produktionskosten reduzierten. Perspektivisch soll der Standort Etzel

an das geplante nationale Wasserstoff-Kernnetz angebunden werden. Nach Einschätzung der Projektpartner könnte Etzel damit eine zentrale Rolle im zukünftigen Wasserstoffsystem einnehmen.

// VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

Schnellere Daten für Wasserstoff-Anwendungen in Turbinen



Untersuchung einer mit Wasserstoff beladenen Hohlprobe aus einem Turbinenwerkstoff. Quelle: Kai Wudtke / Fraunhofer IWM

F&E. Ein neues Prüfverfahren des Fraunhofer IWM ermöglicht es, Gasturbinen-Komponenten unter Wasserstoffeinfluss und thermomechanischer Belastung schneller und realitätsnäher zu testen.

Wasserstoff stresst Werkstoffe deutlich intensiver als etwa Erdgas. Die Beimischung von Wasserstoff zu fossilen Kraftstoffen ist jedoch ein wichtiger Schritt zur Dekarbonisierung von Verbrennungsprozessen in Großmotoren oder Gasturbinen. Forschende am Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik IWM haben ein Verfahren entwickelt, das diese Effekte unter praxisnahen Bedingungen untersucht, teilte das Institut am 25. März mit. Im Fokus steht die thermomechanische Ermüdung, die maßgeblich die Lebensdauer von Komponenten bestimmt.

Die Nutzung von Wasserstoff als Beimischung oder perspektivisch als alleiniger Brennstoff gilt als Ansatz zur Reduktion von CO₂-Emissionen in bestehenden Anlagen. Gleichzeitig steigt der Bedarf an flexiblen Kraftwerkskapazitäten, um schwankende Einspeisung aus erneuerbaren Energien auszugleichen.

Mit zunehmender Wasserstoffkonzentration verändern sich jedoch die Werkstoffeigenschaften. Wasserstoff diffundiert in Metalle und beeinflusst deren Ermüdungsverhalten. Dies führt zu konservativen Auslegungen, höheren Materialkosten und aufwendigen Bauteiltests. Betreiber und Hersteller benötigen daher belastbare Daten zur Lebensdauer unter realen Betriebsbedingungen.

Hohlproben ermöglichen kombinierte Belastungstests

Konventionelle Prüfmethoden stoßen hier nach Auskunft der Forschenden an Grenzen, da sich hohe Temperaturen und Wasserstoffdruck nicht gleichzeitig in geschlossenen Prüfsystemen abbilden lassen. Das Fraunhofer IWM setzt deshalb auf Hohlproben.

Bei diesem Ansatz strömt Wasserstoff durch eine Bohrung im Inneren der Probe, während außen thermische und mechanische Lasten aufgebracht werden. Temperaturwechsel, Zug- und Druckzyklen sowie Wasserstoffdruck lassen sich unabhängig variieren. Dadurch entstehen Versuchsbedingungen, die reale Einsatzszenarien in Turbinen und Motoren abbilden, teilte das Fraunhofer IWM dazu mit.

Versuche zeigen, dass sich sowohl konstante als auch wechselnde Temperaturen untersuchen lassen. Die Methode liefert damit Daten für unterschiedliche Betriebszustände. Die Ergebnisse der Versuche umfassen Spannungen, Dehnungen und Lebensdauerdaten. Sie dienen als Grundlage für die Werkstoffauswahl und die Auslegung von Bauteilen. Konstrukteure können damit die Balance zwischen Sicherheitsreserven und erwarteter Lebensdauer bestimmen.

Zudem fließen die Daten in Werkstoffmodelle ein, die in Bauteilsimulationen genutzt werden. Damit lassen sich wasserstoffbedingte Einflüsse auf das Lebensdauerverhalten in Abhängigkeit von Druck und Belastung quantifizieren.

Das Verfahren ermöglicht laut den Forschenden damit eine schnellere und wirtschaftlichere Bewertung von Werkstoffen im Wasserstoffbetrieb. Damit entstehen belastbare Entscheidungsgrundlagen für die Weiterentwicklung von Verbrennungsanlagen im Zuge der Dekarbonisierung. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Grünes Licht für neue Verdichterstation



Verdichterstation in Radeland, Brandenburg.
Quelle: NEL

GASNETZ. Mit einer neuen Verdichterstation in Mecklenburg-Vorpommern will der Transportnetzbetreiber NEL die Gasflüsse von West nach Ost absichern.

Der Planergänzungsbeschluss für den Bau und Betrieb der Verdichterstation Wittenburg einschließlich der Nebenanlagen seitens des Bergamtes Stralsund liegt jetzt vor, wie die NEL Gastransport GmbH mitteilt. Damit wurde der bestehende Planfeststellungsbeschluss für die Nordeuropäische Erdgasleitung (NEL) um den Bau und Betrieb der Verdichterstation erweitert. In Kürze will das Unternehmen mit bauvorbereitenden Maßnahmen beginnen.

Die neue Verdichterstation entsteht in Mecklenburg-Vorpommern bei Bobzin östlich der Landesstraße L04, unweit von Wittenburg. Sie gilt als zentraler Baustein zur Stärkung der Transportkapazitäten der NEL als wichtige West-Ost-Achse und leiste, so der Transportnetzbetreiber, einen bedeutenden Beitrag für die sichere und zuverlässige Erdgasversorgung in Ostdeutschland und Südosteuropa. Die Anlage soll drei Verdichtereinheiten umfassen.

„Mit dem Planergänzungsbeschluss können wir jetzt zügig in die Bauphase wechseln. Mit einem modernen Anlagenkonzept und umfangreichen Kompensationsmaßnahmen stellen wir sicher, dass die zukünftige Anlage effizient und umweltverträglich betrieben wird“, erklärte Christoph von dem Bussche, Geschäftsführer der NEL Gastransport GmbH, zum Abschluss des Genehmigungsverfahrens.

Im Herbst 2028 soll die Verdichterstation vollständig fertiggestellt und in Betrieb genommen werden.

// VON GÜNTER DREWNITZKY

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Mehr als 700 E-Autos für Redispatch



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

STROMNETZ. Transnet BW und Octopus Energy haben mit 700 Elektrofahrzeugen von Privathaushalten Redispatch erprobt. Die Lösung soll marktreif sein.

Mehr Netzflexibilität dank Elektromobilität: Der Netzbetreiber Transnet BW und Octopus Energy haben gemeinsam Prozesse entwickelt, mit denen sich das Flexibilitätspotenzial von E-Autos in den Redispatch integrieren lässt. Alle End-to-End-Prozesse für die Erbringung von Redispatch seien erfolgreich erprobt worden, teilt der Stromanbieter mit. Das Projekt schloss nach Unternehmensangaben mehr als 700 Fahrzeuge von Privathaushalten ein.

Mit den E-Autos sei eine tägliche Abrufmenge von 2.000 kWh erreicht worden. Auf Jahresbasis könnten

eine Million Fahrzeuge bis zu 500 Millionen kWh zur Verfügung stellen und damit drei bis fünf Prozent des Redispatch-Bedarfs in Deutschland abdecken, so eine Hochrechnung der Projektpartner.

Technisch basiert die Lösung auf der IT-Plattform „Kraken Flex“ von Octopus Energy, die das Verschiebepotenzial der Ladevorgänge ermittelt und aggregiert. Diese Daten gelangen an die Plattform für Datenaustausch und Redispatch („DA/RE“) von Transnet BW. Bei prognostizierten Netzengpässen sende der Übertragungsnetzbetreiber ein Abrufsignal, das in Ladestrategien übersetzt wird, erklärt der Energieversorger.

Während der Testphase habe sich gezeigt, dass „die meisten Kunden die netzdienliche Steuerung gar nicht bemerkt haben“, heißt es. Sie hätten jederzeit angeben können, wann ihr Elektrofahrzeug wieder geladen sein soll. Wegen des flexiblen Stromtarifs wären die Ladepreise günstiger gewesen.

Folgeprojekt mit E-Autos und Heimspeichern

Mit der Integration der Elektrofahrzeuge aus Privathaushalten habe man gezeigt, „dass die von uns verfolgte marktliche Lösung für das Netzengpassmanagement einwandfrei funktioniert und für den Markthochlauf bereit ist“, wird Oliver Strangfeld, Mitglied der Geschäftsführung von Transnet BW, zitiert. Nun gelte es, das bestehende kostenbasierte Redispatch-Regime auf Basis der Erkenntnisse um eine marktbasierende Komponente – Redispatch 3.0 – für dezentrale Flexibilität zu erweitern.

In einem Folgeprojekt wollen die Unternehmen das Netzengpassmanagement mit mehr als 1.000 Fahrzeugen sowie Heimspeichern testen. Für den Markthochlauf wichtig sei ein regulatorischer Rahmen, der die Anerkennung der Abrufkosten für Übertragungsnetzbetreiber ermögliche, „um das Potenzial haushaltsnaher Flexibilitäten für das Gesamtsystem zu heben und damit perspektivisch die Netzentgelte zu senken“, schreiben sie. // VON MANFRED FISCHER

Diesen Artikel können Sie teilen: [!\[\]\(3211b5d1d968fc1665909b34f9f16010_img.jpg\)](#) [!\[\]\(d47ad152ec3d86a04ad64c8049e1f17f_img.jpg\)](#) [!\[\]\(6b7fbb0b7bdb78cadf73d50851a4dfb1_img.jpg\)](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Deutz AG

Strategiewechsel bei Deutz zahlt sich aus

BILANZ. Die Kölner Deutz AG hat ihren Umsatz steigern können, auch wegen Zukäufen und Kostensenkungen. Das Geschäft für dezentrale Energielösungen gewinnt an Bedeutung.

Der Motorenhersteller Deutz hat im Geschäftsjahr 2025 Umsatz und Auftragseingang deutlich gesteigert, teilte der Konzern am 26. März bei der Vorstellung seiner Geschäftsbilanz mit. Der Auftragseingang wuchs demnach um 13,7 Prozent auf 2,08 Milliarden Euro, der Umsatz um 12,7 Prozent auf 2,04 Milliarden Euro. Das Unternehmen profitierte von der Ausweitung seines Portfolios sowie von Zukäufen.

Das bereinigte Ergebnis (Ebit vor Sondereffekten) erhöhte sich auf 112,3 Millionen Euro und lag damit deutlich höher als im Vorjahr mit 76,7 Millionen Euro. Das Ebitda schloss im vergangenen Geschäftsjahr mit 208 Millionen Euro ab, ebenfalls höher als 2024 mit 170,3 Millionen Euro. Der Auftragsbestand summierte sich zum Jahresende 2025 auf 497,7 Millionen Euro (31. Dezember 2024: 463,9 Millionen Euro).

Kostensenkungen aus dem Programm „Future Fit“ sowie Ergebnisbeiträge aus neuen Geschäften stützten diese Entwicklung. Zudem hätte der weitere Ausbau der Vertriebs- und Serviceaktivitäten für Daimler-Truck-Industriemotoren sowie das Wachstum im Energy-Bereich durch die „sehr positive Entwicklung von Blue Star Power Systems“ zu dem Ergebnis beigetragen, teilte Deutz in seinem Geschäftsbericht weiter mit.

„In einem anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Umfeld mit großen konjunkturellen Herausforderungen im Motorengeschäft haben wir eines der besten Ergebnisse der jüngeren Unternehmensgeschichte erzielt“, sagte Konzernchef Sebastian Schulte. „Ziel ist es, den Umsatz bis 2030 auf vier Milliarden Euro zu verdoppeln und dabei die bereinigte Ebit-Rendite auf zehn Prozent zu steigern. Dazu setzen wir seit Anfang des Jahres auf fünf eigenständige Geschäftsbereiche.“

Neue Struktur mit fünf Geschäftsbereichen

Seit Anfang 2026 organisiert Deutz seine Aktivitäten in fünf eigenständigen Business Units: Services, Diesel- und Gasmotoren (Engines), batteriebetriebene sowie H2-Anwendungen (New Tec), dezentrale Energieversorgung (Energy) sowie Antriebs- und Energielösungen für den Rüstungssektor (Defense). Das Unternehmen will damit seine Steuerung stärker an den Anforderungen einzelner Märkte ausrichten.

Ein zentraler Wachstumstreiber liegt laut dem Deutz-Vorstand im Ausbau des Energy-Segments. Mit der Übernahme der Frerk Aggregatebau GmbH hat Deutz sein Portfolio in der dezentralen Energieversorgung erweitert. Der Kölner Motorenhersteller hatte den Kauf von 100 Prozent der Anteile an der Frerk Aggregatebau GmbH Anfang dieses Jahres abgeschlossen (wir berichteten). Der Fokus liegt unter anderem auf Notstromsystemen für Rechenzentren.

Deutz stellt sich damit breiter auf und will so unabhängiger vom „zyklischen Geschäft mit Verbrennungsmotoren“ werden. Zuvor hatte der Kölner Konzern im Jahr 2024 den US-Stromgeneratoren-Hersteller Blue Star Power Systems gekauft (wir berichteten). Auch das Geschäft mit stationären Anwendungen entwickelt sich laut den Kölnern gut.

Außerdem hatte Deutz im Juni 2025 den Abgasnachbehandlungsspezialisten HJS Emission Technology sowie das niederländische Unternehmen Urban Mobility Systems übernommen. Dieses ist spezialisiert auf batterieelektrische Antriebe für Off-Highway-Anwendungen.

Ausblick für das Jahr 2026

Das Kostenprogramm „Future Fit“ führte 2025 zu Einsparungen von mehr als 25 Millionen Euro. Bis Ende 2026 soll die Kostenbasis um mehr als 50 Millionen Euro gegenüber 2024 sinken. „Den Kauf der Sobek Group zur strategischen Verstärkung unseres Defense-Portfolios konnten wir über eine sehr erfolgreiche Kapitalerhöhung im September 2025 refinanzieren. Unsere Eigenkapitalquote lag zum Jahresende bei gut 50 Prozent. Damit sind wir bestens aufgestellt, um auch weiterhin in anorganisches Wachstum investieren zu können“, sagte Finanzvorstand Oliver Neu.

Die Zahl der Mitarbeitenden hat sich leicht erhöht von 5.228 im Jahr 2024 auf derzeit 5.712. Die gestiegene Zahl kam jedoch nur durch die Übernahmen von 380 Beschäftigte durch die Zukäufe von HJS und Sobek zustande und verdeckt zugleich den Personalabbau bei Deutz, der ebenfalls zum Kostenprogramm gehört. Bis Ende 2025 haben laut dem Geschäftsbericht 203 Mitarbeitende den Konzern verlassen. Weltweit sollen bis zu 300 Stellen „sozialverträglich“ wegfallen. Betroffen sind wohl vor allem Forschung und Entwicklung als auch Regionalbüros, teilte Deutz bereits 2024 mit.

Für das Jahr 2026 erwartet der Deutz-Konzern einen Umsatz zwischen 2,3 Milliarden Euro und 2,5 Milliarden Euro. Voraussetzung ist eine leichte Erholung der Nachfrage im Motorenmarkt, insbesondere im Bau- und Agrarsektor. Die Ergebnisentwicklung soll durch weitere Einsparungen, zusätzliche Service-Akquisitionen und den Ausbau der neuen Geschäftsbereiche unterstützt werden. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

 Energietechnik
  Erneuerbare Energien
  Energiemanagement

 **08152 93 11 88**
 **www.energiejobs.online**

PNE bestätigt Profitabilität im Kerngeschäft 2025



Quelle: Pixabay / Sebastian Ganso

WINDKRAFT ONSHORE. PNE hat 2025 ein operativ erfolgreiches Jahr abgeschlossen und reagiert mit strategischer Neuausrichtung auf veränderte Rahmenbedingungen.

Die PNE AG, Projektierer von Windparks und PV-Anlagen, hat nach eigenen Angaben das Geschäftsjahr 2025 operativ erfolgreich abgeschlossen und ihre Profitabilität im Kerngeschäft behauptet. Die Gesamtleistung sei auf 376,4 Mio. Euro gestiegen, nach 342,6 Millionen Euro im Vorjahr, und habe damit einen Höchstwert erreicht.

Das Marktumfeld habe sich dabei deutlich verschärft. Steigende Zinsen, sinkende Strompreise und höhere Kosten belasteten die Branche, zugleich erschwerten überzeichnete Ausschreibungen den Zuschlag für Projekte. PNE habe dennoch bei allen eigenen Teilnahmeverfahren Zuschläge erhalten.

Das um Sondereffekte bereinigte Ebitda habe 87,0 Millionen Euro betragen und liege damit innerhalb der ursprünglich prognostizierten Spanne von 70 bis 110 Millionen Euro. Das ausgewiesene Ebitda habe 55,3 Millionen Euro erreicht und sich damit im Rahmen der im Januar 2026 angepassten Prognose bewegt. Das Betriebsergebnis (Ebit) sei auf 12,9 Millionen Euro zurückgegangen, nach 34,4 Millionen Euro im Vorjahr. Als Gründe nennt das Unternehmen unter anderem eine Wertberichtigung der Projektpipeline sowie ein außergewöhnlich windschwaches Jahr.

Der Vorstandsvorsitzende Heiko Wuttke erklärte, man sei angesichts des weiterhin anspruchsvollen Marktumfelds mit dem Ergebnis zufrieden. Dies zeige sich unter anderem in Projekt- und Projektrechtsverkäufen mit einer Gesamtleistung von 428 MW. Zudem sei das Eigenbetriebsportfolio auf 497 MW gewachsen, während Genehmigungen für Projekte mit rund 1.082 MW erteilt worden seien.

Unrentables Geschäft veräußert

Strategisch reagiere das Unternehmen mit einer stärkeren Fokussierung auf rentable Kernmärkte. Märkte mit unzureichender Rendite habe PNE verlassen oder wolle dies tun. Nachdem 2024 bereits das Geschäft in den USA veräußert wurde, folgten Großbritannien, Schweden und Panama. Weitere Rückzüge seien geplant. Parallel habe das Unternehmen seine Projektpipeline bereinigt und auf Projekte mit höherer Realisierungswahrscheinlichkeit ausgerichtet.

Im Zuge veränderter Marktbedingungen habe PNE die Projektpipeline insgesamt reduziert. Diese umfasse nun rund 23.800 MW, nach 27.900 MW im Vorjahr. Davon entfielen 14.600 MW auf Windenergie an Land und 7.200 MW auf Photovoltaik. Ergänzt werde dies durch Offshore-Projekte in Vietnam mit 2,0 GW, deren Realisierbarkeit geprüft werde.

Zugleich richte PNE die Projektentwicklung stärker auf Netz- und Systemdienlichkeit aus. Batteriespeicher würden an Bedeutung gewinnen, da sie sowohl die Wirtschaftlichkeit von Projekten verbesserten als auch zur Netzstabilität beitrügen. Auch integrierte Energielösungen für Industriekunden sollen ausgebaut werden.

Das Eigenbetriebsportfolio sei durch die Inbetriebnahme weiterer Windparks von 429 MW auf 497 MW ausgebaut worden. Damit verfolge das Unternehmen weiterhin einen ausgewogenen Ansatz zwischen Projektverkäufen und eigenem Betrieb.

Auch das Servicegeschäft hat sich laut PNE positiv entwickelt. Das Volumen im Betriebsmanagement sei um 250 MW gestiegen. Zudem habe das Unternehmen erstmals einen Vertrag für das Management eines Batteriespeicherprojekts mit mehr als 100 MW Leistung abgeschlossen. Insgesamt betreue PNE Windparks mit einer Leistung von über 3.100 MW.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen eine Dividende von 4 Cent je Aktie vor. Ein Großteil des Bilanzgewinns von rund 151 Millionen Euro soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit habe PNE zudem das Transformations- und Effizienzprogramm „Focus & Deliver“ gestartet. Dieses zielt auf schlankere Strukturen, geringere Kosten und eine höhere operative Effizienz ab.

Ab dem Geschäftsjahr 2026 soll das „normalised Ebitda“ als zentrale Steuerungsgröße dienen, um operative Effekte transparenter darzustellen. Für 2026 erwartet PNE ein Ebitda von 90 bis 120 Millionen Euro sowie ein bereinigtes Ebitda von 110 bis 140 Millionen. Euro.

Der **Geschäftsbericht für 2025** steht zum Download zur Verfügung. // **VON FRITZ WILHELM**

[^ Zum Inhalt](#)

Marco Westphal für den Übergang Bonns Nummer eins



Auch diese Azubis unter den 2.800 Beschäftigten haben einen Übergangschef.
Quelle: SWB

PERSONALIE. Während die Wogen noch durch das politische Bonn schlagen, hat der Aufsichtsrat der dortigen Stadtwerke die vorübergehende Nachfolge für den abgetretenen Geschäftsführer geregelt.

Alle Jahre wieder... – rückt Marco Westphal auf der Kommandobrücke der Stadtwerke Bonn (SWB) direkt ans Ruder. Auch jetzt ersetzt er den überraschend zurückgetretenen Vorsitzenden der Geschäftsführung, bis eine langfristige Personalentscheidung getroffen ist.

Das habe der Aufsichtsrat der SWB GmbH einstimmig und mit sofortiger Wirkung beschlossen, heißt es in einer am 25. März veröffentlichten Mitteilung des kommunalen Konzerns. Mit dieser Lösung wolle das Kontrollgremium in der Übergangsphase „Stabilität und Kontinuität sicherstellen“, so der neue Aufsichtsratschef David Lutz (CDU) laut dem Schreiben. Über die dauerhafte Nachbesetzung des Vorstandsvorsitzes sei später zu entscheiden.



Marco Westphal ist wieder Übergangschef in Bonn
Quelle: Stadtwerke Bonn

Der bisherige SWB-Chef Olaf Hermes hatte nach Monaten des Zerwürfnisses mit der im Herbst neugewählten Stadtspitze und deren Entourage am Rhein das Handtuch geworfen (wir berichteten). Zwischenzeitlich hatte es danach ausgesehen, als sei die Beziehung zum neuen Oberbürgermeister Guido Deus (CD) zu retten. Doch dann endete das Hick-Hack um angekündigten Rückzug und mögliche Vertragsverlängerung mit dem großen Knall und dem abrupten Ausstieg von Hermes.

Er bildete bis dato mit das Geschäftsführungstrio des SWB-Konzerns. Nun verbleiben zunächst Marco Westphal, der seit 2005 Geschäftsführer und Arbeitsdirektor ist, und Anja Wenmakers in vorderster Position. Sie rückte im vergangenen Jahr auf die höchste Ebene des Konzerns, ist allerdings bereits seit 2014 mit Führungsaufgaben bei den Bonnern betraut. Westphal war bereits aufgerückt, nachdem Peter Weckenbrock im Sommer 2022 plötzlich ausgeschieden war. Olaf Hermes hatte im Oktober 2022 übernommen.

Während Aufsichtsratschef Lutz es in seiner Erklärung bei warmen Worten für Olaf Hermes belässt, erinnert Lutz' Vize an die Begleitumstände. Hermes hatte einen Grundstückskauf der Beteiligungsgesellschaft am Flugplatz Hangelar durchgesetzt, gegen den Widerstand lokaler CDU-Größen.

Tobias Sterl, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender und Arbeitnehmersvertreter, kritisiert in der SWB-Mitteilung, „dass fachliche Expertise und nachweisbare Erfolge in der aktuellen Situation hinter politische Erwägungen zurücktreten“. Das Wohl des Unternehmens und seiner rund 2.800 Mitarbeitenden habe hinter den Interessen der Anteilseigner zurückstehen müssen. Dies wirke sich unmittelbar auf die Betriebskultur und die Stabilität aus. „Die Enttäuschung in der Belegschaft ist spürbar“, so Sterl. Nun sei es wichtig, Orientierung zu geben und Verlässlichkeit sicherzustellen.

Auch eine weitere betroffene Tochtergesellschaft meldet sich am 26. März nach ihrer Aufsichtsratssitzung zu Wort. Ähnlich deutlich wie Sterl reagiert Rolf Driller, Vize-Aufsichtsratsvorsitzender und Arbeitnehmersvertreter der SWB Energie und Wasser. Er kritisiert die „weiteren Anteilseigner“ dafür, dass sie in die Gespräche um die Vertragsverlängerung von Hermes „weitere Themenschwerpunkte“ einbringen wollten.

Dieses Vorgehen sei im Aufsichtsrat nicht abgesprochen gewesen und habe zur außerordentlichen

Kündigung durch Olaf Hermes geführt. Es sei bedauerlich, dass der Geschäftsführer diesen Schritt habe gehen müssen, „ohne wichtigen Grund oder Misswirtschaft“. Es sei noch viel aufzuarbeiten, schließt Driller laut der Mitteilung. // **VON VOLKER STEPHAN**

[^ Zum Inhalt](#)

Chefwechsel bei Stadtwerken Brilon erfolgt fast unbemerkt



Frank Benz (2.v.r.) ist neuer Vorstand der Stadtwerke Brilon. Quelle: Stadt Brilon

PERSONALIE. Stadtwerke-Chef dies- und jenseits der Landesgrenze: Frank Benz führt neben der hessischen Energie Waldeck-Frankenberg nun auch die Stadtwerke Brilon Energie in Nordrhein-Westfalen.

Nahezu geräuschlos hat sich ein Führungswechsel bei den Stadtwerken Brilon vollzogen. Der bisherige Geschäftsführer Axel Reuber ist bereits nicht mehr im Amt, zum 23. März ist Frank Benz an dessen Stelle getreten. Der Nachfolger kommt von jenseits der Landesgrenze: Benz ist und bleibt Chef der Energie Waldeck-Frankenberg (EWF).

Die Geschäftsführung im Sauerland übernimmt Benz zunächst übergangsweise, heißt es in einer gemeinsamen Mitteilung des Landkreises Waldeck-Frankenberg und der Stadt Brilon. Im Vorstand des Versorgers soll er demnach allerdings langfristig bleiben.

Der Schritt ist nötig geworden, weil Axel Reuber zuvor in Brilon seine Kündigung fristgerecht zum Jahresende 2026 eingereicht hatte. Daraufhin habe es eine gütliche Einigung zwischen den Parteien über eine unmittelbare Freistellung gegeben, so Brilons Bürgermeister und Stadtwerke-Verwaltungsratschef Christof Bartsch (SPD) auf Anfrage dieser Redaktion.

Der Abgang Reubers ist in der offiziellen Mitteilung nur eine Randnotiz. In der schriftlichen Antwort auf unsere Anfrage wird Bartsch etwas ausführlicher. Er spricht von Wertschätzung für Reubers Arbeit, der die Stadtwerke über 13 Jahren entwickelt und erfolgreich in neue Geschäftsfelder geführt habe. Der Versorger sei heute ein „starkes Unternehmen mit guten und stabilen Ergebnissen“.

Die Stadtwerke Brilon sind ein klassischer Versorger (Wasser etc.) in der 26.000-Einwohner-Kommune und auch in den Bereichen Erdgas, Strom und Wärme aktiv. Das Querverbundunternehmen ist als Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) organisiert, die Tochtergesellschaft Stadtwerke Brilon Energie ist eine GmbH. In deren Aufsichtsrat war Frank Benz bereits seit einigen Jahren Mitglied.

Das wiederum ist eine Folge der engen Zusammenarbeit, die die Sauerländer und die Nordhessen seit geraumer Zeit praktizieren. Die EWF unterstützt laut Mitteilung die Briloner Stadtwerke bei der Betriebsführung des Gasnetzes und beim Gas-Entstörungsmanagement. Zudem kooperieren die Unternehmen beim Windpark Brilon I.

Frank Benz sieht seine Doppelfunktion als „einmalige Chance“ und „mutigen Schritt für uns als kommunale Häuser“. Die Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg könne Modellcharakter für regionale Energieversorger haben. Die EWF hat nach eigenen Angaben mehr als 400 Beschäftigte und versorgt über 90.000 Haushalte mit Strom, Gas, Wärme und Wasser. Auch finden sich Ladestationen für Elektroautos, Stromspeicher und Dach-Solaranlagen im Angebot. // **VON VOLKER STEPHAN**

[^ Zum Inhalt](#)

Stadtwerke-Chef in Bad Oeynhausen muss gehen



Für Andreas Schwarze ist nach spätestens zehn Jahren Schluss. Quelle: SW Oeynhausen

PERSONALIE. Zehn Jahre sind genug: Die Entscheidungsträger in Bad Oeynhausen sehen den Zeitpunkt für einen Wechsel an der Spitze des kommunalen Versorgungsunternehmens gekommen.

Die berufliche Zukunft von Andreas Schwarze wird nicht in Bad Oeynhausen liegen, zumindest nicht beim lokalen Versorger. Der Geschäftsführer der Stadtwerke Bad Oeynhausen AöR (SBO) muss spätestens mit Ablauf des März 2027 eine neue Tätigkeit aufnehmen.

Die offizielle Mitteilung des Verwaltungsrates der Stadtwerke vom 24. März fällt in der Würdigung von Schwarzes Wirken überschaubar aus. Lars Bökenkröger (CDU), Bürgermeister der ostwestfälischen Stadt und Verwaltungsratschef beim Versorger, bedankt sich „für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren“.

Herauslesen lässt sich, dass das Kontrollgremium mehrheitlich eine neue Ausrichtung und Strategie des Versorgers forderte, sich dies aber offenbar mit Andreas Schwarze nicht vorstellen konnte. Zu den offenen Geheimnissen in Bad Oeynhausen gehört, dass die jüngeren Jahre der Stadtwerke nicht konfliktfrei waren.

So kommt der Fernwärmeausbau nicht recht voran, ein Bad in der Stadt macht kontinuierlich Schulden, die inzwischen im Millionen-Euro-Bereich liegen, und anstehende Investitionen drücken ebenfalls auf die Stimmung. Der aktuelle Wirtschaftsplan der Stadtwerke hat die Gemüter ebenfalls zuletzt erregt. Die Lokalpolitik steht nicht außerhalb der Kritik, versucht nun aber offenbar über einen Personalwechsel bei den Stadtwerken einen Befreiungsschlag.

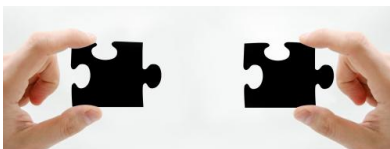
Der Blick sei nun in die Zukunft gerichtet, so Bürgermeister Bökenkröger, dabei geht es natürlich auch um die Nachfolgesuche. Ob Andreas Schwarze angesichts dieser Entwicklung seinen Vertrag erfüllen und über den Jahreswechsel in Bad Oeynhausen bleiben wird, ist offen. Auf eine Anfrage dieser Redaktion ließ eine Sprecherin des Versorgers ausrichten, er werde sich nicht weiter äußern.

Die Stadtwerke sind auch Anteilseigner diverser Gesellschaften, die das Gas- und Stromnetz in der Kommune betreiben, Nahwärme liefern und die E-Ladeinfrastruktur in Bad Oeynhausen ausbauen.

// VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

Spie übernimmt SGS Industrial Service



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

WIRTSCHAFT. Größeres Leistungsspektrum, höhere Eigenleistungstiefe: Die Düsseldorfer Spie erwirbt den Industrieanlagenanbieter SGS Industrial Service.

Der Multitechnikdienstleister Spie hat eine Vereinbarung zum Erwerb des Industrieanlagenherstellers SGS Industrial Services Gruppe unterzeichnet. Das geht aus einer Mitteilung des Unternehmens hervor.

Mit der geplanten Akquisition will Spie sein Leistungsspektrum insbesondere in der elektrischen und mechanischen Errichtung von Industrieanlagen und Kraftwerken erweitern und so eine höhere Eigenleistungstiefe erreichen.

SGS Industrial Services ist in mehreren Industriebranchen tätig, darunter die Energieversorgung, und verfügt über einen langjährigen Kundenstamm. Das Unternehmen mit Hauptsitz im oberösterreichischen Dorf an der Pram erzielte nach Angaben von Spie im Jahr 2025 mit rund 800 Beschäftigten einen Umsatz von rund 180 Millionen Euro. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt in Deutschland.

„Mit SGS Industrial Services stärken wir gezielt unsere Wertschöpfungstiefe und bauen unsere operative Leistungsstärke aus“, kommentiert Markus Holzke, CEO von Spie Germany Switzerland Austria, die Vereinbarung. „Gleichzeitig erschließen wir uns neue Zugänge zu qualifizierten Fachkräften und Ausbildungspotenzialen in Europa. Damit sind wir gut aufgestellt, um Wachstumspotenziale insbesondere in Deutschland – getrieben durch die Energiewende und Infrastrukturinvestitionen – zu realisieren.“

Auch der Gründer von SGS Industrial Services, Werner Griesmaier, sieht Vorteile in der Transaktion: „Wir haben SGS Industrial Services über viele Jahre mit klarer Vision und großer Leidenschaft aufgebaut. Daher war es mir wichtig, frühzeitig die Zukunft zu sichern und einen starken Partner für SGS Industrial Services zu finden. Ich bin überzeugt, dass SPIE für unsere Kunden und Mitarbeitenden neue Potenziale und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet und zugleich Stabilität und Kontinuität verbindet.“

Das bestehende Managementteam mit Andreas Hofinger, Christian Gittmaier und Sandra Ponsold soll das operative Geschäft weiterführen. Der Abschluss der Transaktion wird für Ende Juni 2026 erwartet und steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Kartellbehörden. // VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

Strom nachladen im Westmünsterland wird günstiger



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

ELEKTROFAHRZEUGE. Der Strom wird günstiger – zumindest bei einigen Anbietern von Ladeenergie für Elektroautos. Im Westmünsterland offerieren nun mehrere Versorger einen gemeinsamen Tarif.

Gemeinsam und günstig – das ist das Versprechen der Stadtwerke Dülmen und Gescher sowie der „LokalWerke“ aus Ahaus und Stadtlohn. Die Versorger aus dem Westmünsterland bieten ab April flächendeckend gemeinsame Tarife für Autostrom an. Wer zur Kundschaft zählt, lädt die kWh für 39 Cent mit normaler (AC) oder für 50 Cent mit schneller Geschwindigkeit (DC).

Unter dem gemeinsamen Dach der Stadtwerke Westmünsterland Energiekooperation, einer Kooperationsgesellschaft der Versorger, realisieren sie diese Offerte. Weiterer Partner ist die „CUT! Energy GmbH“ aus Stadtlohn, ebenfalls Betreiber von Ladesäulen. Auch an diesen Punkten gelten die vergünstigten Tarife für die Stadtwerke-Kundschaft.

In einer Mitteilung spricht Stefan Volkmer, Geschäftsführer der Stadtwerke Westmünsterland, von einem Schritt hin zu einer nachhaltigen und bezahlbaren E-Mobilitätsversorgung in der Region. Dass dies in den Kreisen Coesfeld und Borken erfolgt, komme nicht von ungefähr. Die Landkreise zählten zu den engagiertesten Regionen beim Ausbau öffentlicher Ladepunkte.

Als weiteren Vorteil stellen die Beteiligten heraus, dass der „Westmünsterlandtarif“ ohne Grundgebühr auskommt. Zu zahlen sei lediglich für die tatsächlich geladenen kWh. Erforderlich ist dabei die App „CUT! Energy Charge“. Das Laden der E-Autos sei durch Partner- und Fremdladenetze überdies nahezu überall in der Fremde möglich. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

Was die Stromerzeugung kostet



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

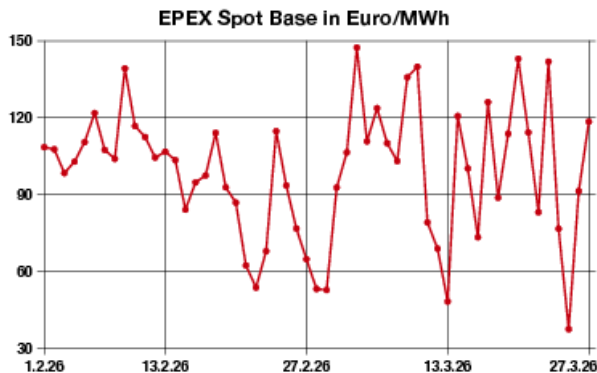
Strom aus erneuerbaren Energien kann je nach verwendeter Technologie deutlich preiswerter produziert werden als Strom, der in konventionellen Kraftwerken gewonnen wird. Das zeigt die Statista-Grafik auf Basis einer Untersuchung des Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE. Demnach sind die maximalen Kosten von Strom aus Kernkraft mit bis zu 49 Cent pro Kilowattstunde (Cent/kWh) am höchsten. Die große Bandbreite der Kosten hängt in erster Linie mit den zugrunde gelegten Vollaststunden- und Investitionskostenintervallen zusammen. Die Folgekosten der Kernkraft sowie die Endlagerung sind nicht in die Stromgestehungskosten eingepreist.

Am preiswertesten kann Energie hingegen durch Windanlagen und Photovoltaikanlagen in Strom verwandelt werden. Die Bandbreite bei den Stromkosten aus PV-Anlagen ergibt sich laut Quelle durch hohe Kostenunterschiede zwischen den verschiedenen Batteriesystemen. Der Einsatz von Batteriespeichern bietet laut Fraunhofer-Institut einen zusätzlichen Mehrwert, indem er die erzeugte Strommenge zu anderen Tageszeiten nutzbar macht. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Energienotierungen legen Kehrtwende ein



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Fester haben sich am Donnerstag die Energienotierungen gezeigt, die damit nach den Abgaben vom Vortag eine Kehrtwende vollzogen. Ursache der Aufschläge sind wachsende Zweifel an den Äußerungen von US-Präsident Donald Trump, der ein rasches Ende des Irankriegs in Aussicht gestellt hatte. Während die US-Regierung von fortdauernden Friedensgesprächen berichtete, wies der Iran diese Darstellung zurück und drohte eine weitere Eskalation an. Staatsnahe iranische Medien berichteten, dass Teheran nach der Straße von Hormus auch die Meerenge Bab al-Mandeb blockieren könnte, ebenfalls ein wichtiger Seehandelsweg.

Sowohl der Konflikt zwischen den USA und Israel mit dem Iran als auch der Krieg zwischen Russland und der Ukraine „dürften länger andauern, als von vielen Analysten vorhergesagt, und die Wahrscheinlichkeit eines Einsatzes von US-Bodentruppen gegen den Iran steigt“, schreibt Dennis Kissler von BOK Financial in einer Research Note.

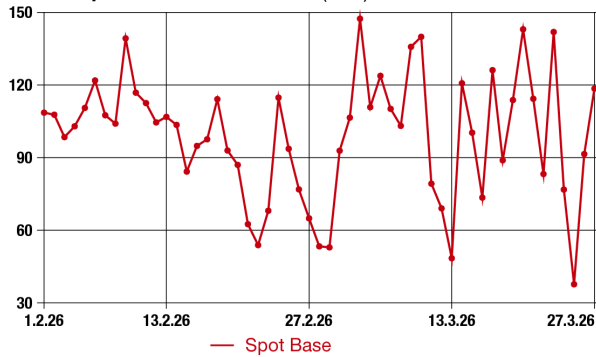
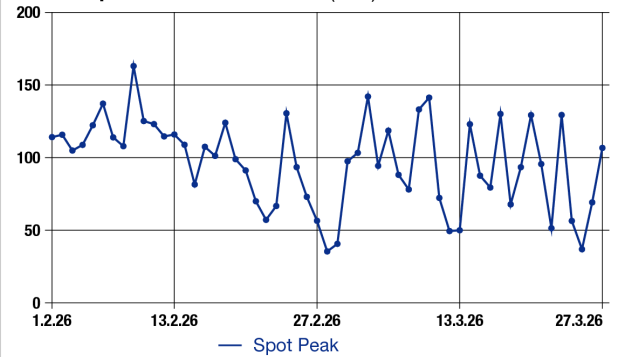
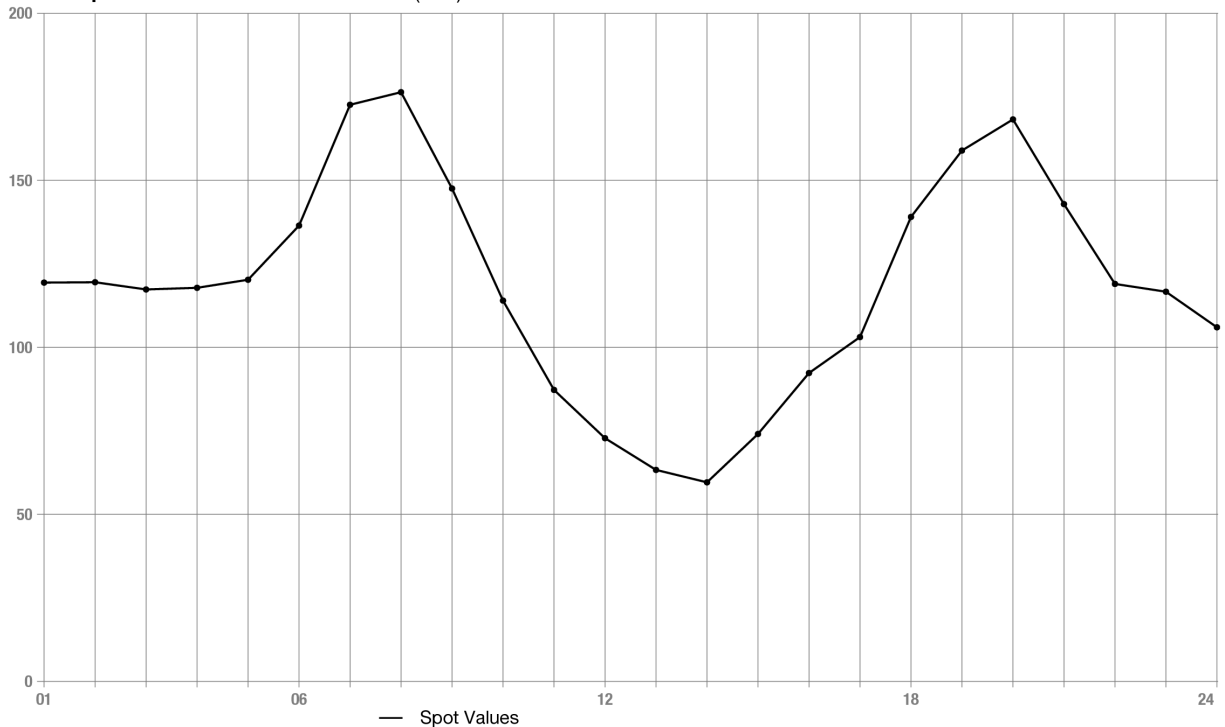
Strom: Sehr fest hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Donnerstag gezeigt. Strom folgte damit der Aufwärtsbewegung bei Gas, Öl, Kohle und CO₂. Der Day-ahead legte um 27,00 auf 118,75 Euro je Megawattstunde im Base und um 37,50 auf 107,00 Euro je Megawattstunde im Peak zu. An der Börse kostete der Day-ahead 118,53 Euro in der Grundlast und 106,69 Euro in der Spitzenlast. Ursächlich für den Preisanstieg beim Day-ahead war zudem die geringere Einspeiseleistung der Erneuerbaren, die für den Freitag vorhergesagt wird. Dieses soll laut den Meteorologen von Eurowind von 37 Gigawatt am Berichtstag auf 23,2 Gigawatt sinken. Eurowind zufolge ist auch für Samstag und Sonntag in Deutschland mit nur mäßigen Beiträgen von Wind und Solar zu rechnen, ehe am Montag und Dienstag wieder eine sehr hohe Einspeiseleistung erwartet wird. Am langen Ende legte das Strom-Frontjahr um kräftige 3,49 auf 97,70 Euro zu.

CO₂: Die CO₂-Preise haben am Donnerstag ebenfalls zugelegt. Der Dec 26 gewann bis gegen 14.00 Uhr um 0,75 auf 71,50 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 13,9 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 71,99 Euro, das Tief bei 70,40 Euro. Notierungen oberhalb der psychologischen Unterstützung bei rund 70 Euro hielten die Kurse in einem eher neutralen Bereich und schufen eine Basis für mögliche Tests der 73,50-Euro-Marke vor dem Wochenende, so die Analysten von Redshaw Advisors. Diese Einschätzung könnte sich jedoch schnell ändern, sollten neue Schlagzeilen zu politischen Reformen des EU-ETS erscheinen.

Erdgas: Deutlich erhöht haben sich die Erdgaspreise am Donnerstag. Am TTF gewann der Frontmonat April um 2,550 auf 54,950 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE bewegte sich der Day-ahead um 2,050 auf 56,150 Euro je Megawattstunde. Auslöser der Preissteigerungen ist das Schwinden der Hoffnungen auf ein rasches Ende des Irankriegs, die am Vortag von Äußerungen des US-Präsidenten Donald Trump genährt worden waren. Analysten verweisen zudem auf die schwindenden Gas-Lagerbestände in der Europäischen Union. In den Niederlanden sind die Lager nur zu 6 Prozent ausgelastet, in Deutschland zu etwa 22 Prozent. „Sollten diese Versorgungsengpässe anhalten, könnte das Auffüllen der Lager vor der nächsten Heizperiode den Wettbewerb um Lieferungen verschärfen“, so Analysten der ANZ.

// VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

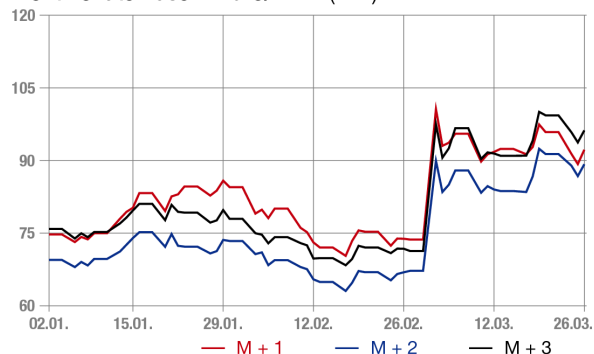
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	26.03.26	German Power Apr-2026	92,21
M2	26.03.26	German Power Mai-2026	89,22
M3	26.03.26	German Power Jun-2026	96,21
Q1	26.03.26	German Power Q2-2026	92,51
Q2	26.03.26	German Power Q3-2026	104,85
Q3	26.03.26	German Power Q4-2026	126,81
Y1	26.03.26	German Power Cal-2027	97,73
Y2	26.03.26	German Power Cal-2028	79,76
Y3	26.03.26	German Power Cal-2029	73,68

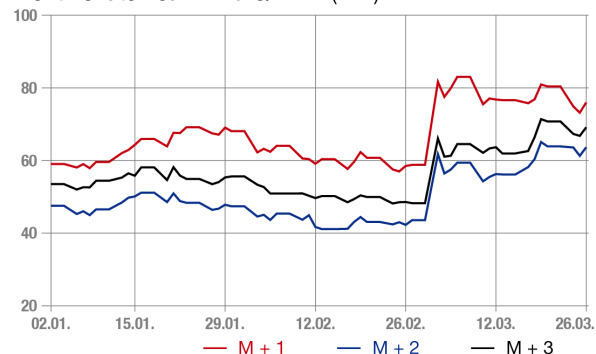
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	26.03.26	German Power Apr-2026	75,99
M2	26.03.26	German Power Mai-2026	63,64
M3	26.03.26	German Power Jun-2026	69,14
Q1	26.03.26	German Power Q2-2026	69,68
Q2	26.03.26	German Power Q3-2026	94,40
Q3	26.03.26	German Power Q4-2026	156,64
Y1	26.03.26	German Power Cal-2027	104,36
Y2	26.03.26	German Power Cal-2028	86,35
Y3	26.03.26	German Power Cal-2029	81,40

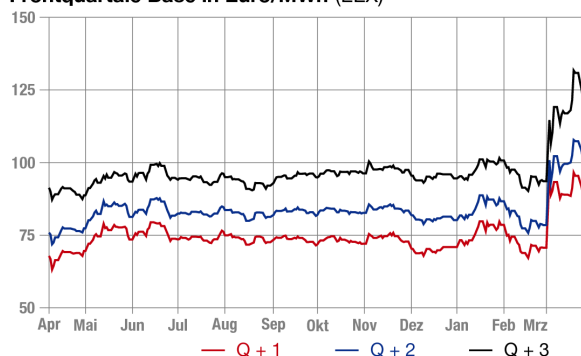
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



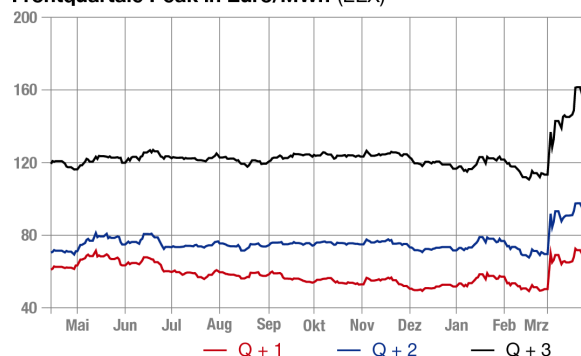
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



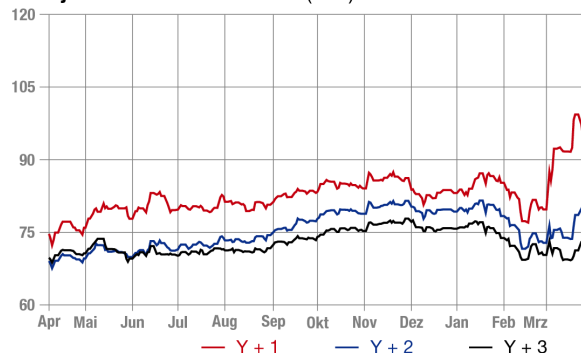
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



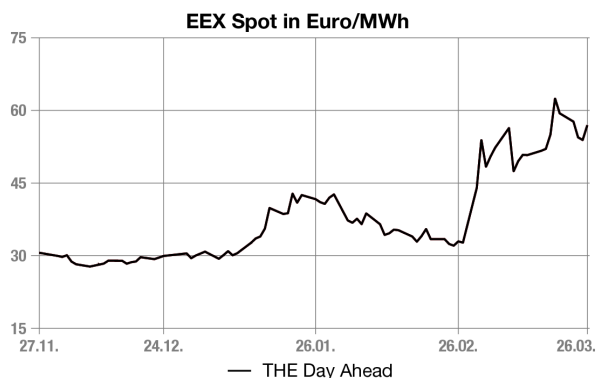
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



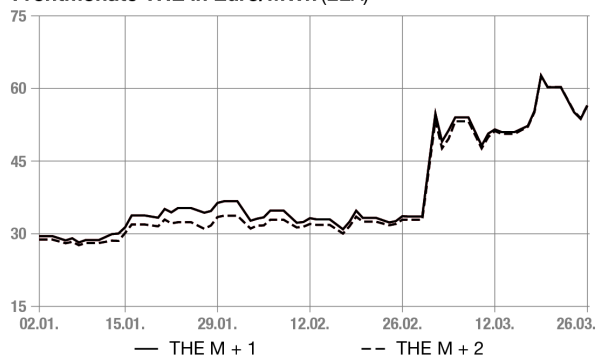
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	26.03.26	German THE Gas Apr-2026	56,42
M2	26.03.26	German THE Gas Mai-2026	56,52
Q1	26.03.26	German THE Gas Q2-2026	56,54
Q2	26.03.26	German THE Gas Q3-2026	56,83
S1	26.03.26	German THE Gas Win-2026	57,17
S2	26.03.26	German THE Gas Sum-2027	42,90
Y1	26.03.26	German THE Gas Cal 2027	46,22
Y2	26.03.26	German THE Gas Cal 2028	32,59



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	26.03.26	118,53	EUR/MWh
Germany Spot peak	26.03.26	106,69	EUR/MWh
EUA Apr 2026	26.03.26	70,30	EUR/tonne
Coal API2 Apr 2026	26.03.26	122,85	USD/tonne

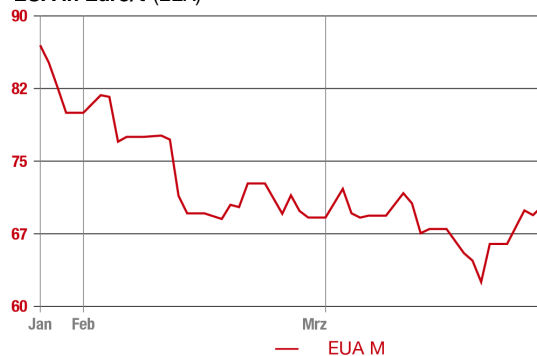
Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	26.03.26	56,94	EUR/MWh
German THE Gas Apr-2026	26.03.26	56,42	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	26.03.26	46,22	EUR/MWh
Crude Oil Brent Mai-2026	26.03.26	108,01	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Junior Geschäftsführer Energie (m/w/d)

(Junior) Geschäftsführer Energie (m/w/d) Arbeitsplatz Hybrid am Standort Mühlheim am Main

in Mühlheim am Main

27.02.2026



Geschäftsführer (M/W/D)

Strategieberatung sucht Geschäftsführer (M/W/D) zur Weiterentwicklung erneuerbarer Wärmeprojekt...

in Hamburg

27.01.2026

● Vorstand/Geschäftsführung ● Festanstellung / Angestellter ● Homeoffice / Weiterbildung /
Mobilitätzuschuss / Mitarbeitererevents



Praktikum Supply Chain - Wertstrom-Management International

... konkret heißt das: Einblicke in übergreifende Prozesse Networking und Kommunikation mit den Lidl ...

in Deutschland

vor 2 h

● Freie Mitarbeit



Handelsvertreter (m/w/d) für den Vertrieb von Photovoltaikanlagen

Die Implace Solar GmbH ist ein Betrieb für die Planung, Installation und Wartung von hochwertigen Ph...

in Deutschland

vor 2 h

● Festanstellung / Freie Mitarbeit ● Weiterbildung



Angebots- & Konzessionsmanager Energie Strom & Gas (m/w/d)

Du willst die Energiewende aktiv mitgestalten? Dann bist du bei uns genau richtig! enviaM ist der führe...

in Deutschland

vor 2 h

● Freie Mitarbeit ● Weiterbildung / Mitarbeitererrabatte

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie

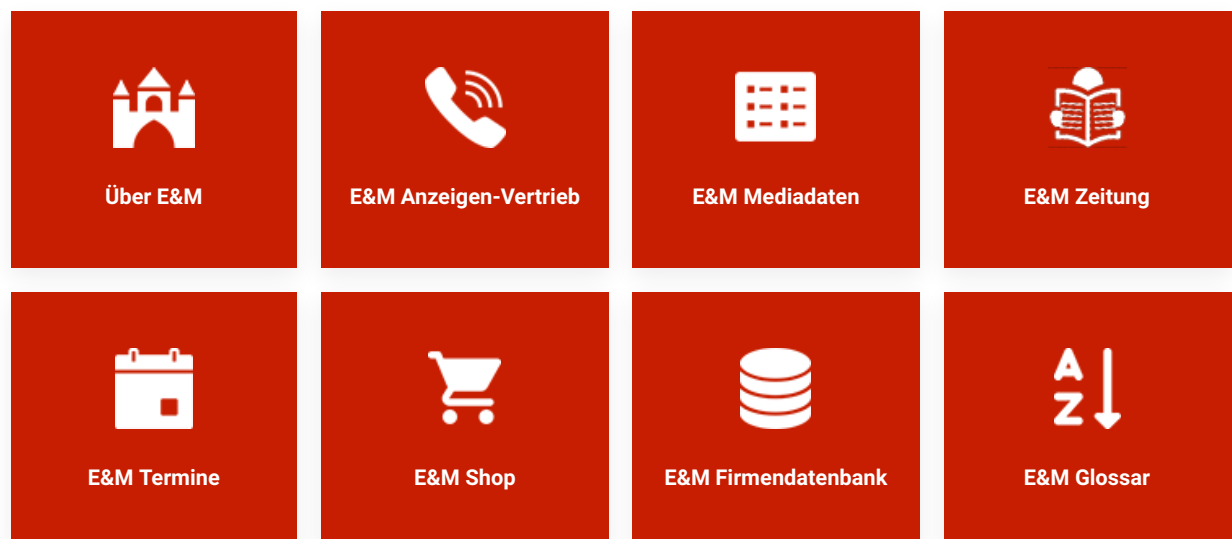


Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

